Die Multi-Nationalen als grösste Bedrohung wirtschaftlicher und nationaler Selbständigkeit der Völker

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **67 (1973)**

Heft 11

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-142249

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Die Multi-Nationalen

als größte Bedrohung wirtschaftlicher und nationaler Selbständigkeit der Völker

Wie schon in der Oktober-Ausgabe der «Neuen Wege», im Zusammenhang mit dem Referat von Dr. Schiwoff am VPOD-Verbandstag angedeutet wurde, muß der Einfluß multinationaler Konzerne durch ihre Machtballung als größte Gefahr für die wirtschaftliche und nationale Eigenständigkeit der heute bestehenden Völker betrachtet werden.

So sehr ist dies der Fall, daß die UNO sich gezwungen sieht, in Hearings — einer Art von Verhören — die Stellung und das Geschäftsgebaren der Wirtschaftsgiganten genauer zu prüfen. Ein erstes dieser Verhöre, deren Protokolle, was die Folgen für die arbeitende Bevölkerung betrifft, nicht in die Tagespresse gelangen, fand am 12. bis 14. September letzten Jahres im UNO-Palast in Manhattan statt, ein zweites in der ersten Novemberwoche 1973 im Ratsaal des UNO-Palastes in Genf. Wir verdanken die aufschlußreichen Aufzeichnungen über die beiden Hearings Erich Reyhl, der sie für die Basler «National-Zeitung am Wochenende» (3. November) schrieb. Sein Bericht, eindeutig was die Haltung der «Richter» in diesem Verhör anbelangt, ist sehr bedrückend, wen man bedenkt, was für Folgen diese Entwicklung für die Arbeitnehmer unseres Landes haben wird. Das Verdikt Erich Reyhls ist, daß laut Rapport (195 Seiten) die Wirtschaftsabteilung im Generalsekretariat der UNO durchaus bereit ist, sich mit den multinationalen Konzernen als einer Realität einzurichten.

Wenn Präsidenten, Generaldirektoren oder Verwaltungsratsdelegierte von Firmen wie Nestlé, Shell, Unilever, Fiat, Siemens, Massey-Ferguson oder Péchiney-Kuhlmann vor dem Wirtschaftsrat der UNO erscheinen, so gleicht ihr Auftreten, wie Erich Reyhl sich ausdrückt, «einem Akt diplomatischer Anerkennung mit Antrittsrede». Die Manager der Multi-Nationalen sind natürlich sehr bemüht, ihre Ziele im besten Lichte erscheinen zu lassen. Sie bezeichnen sich gerne als Schöpfer und Verteiler von Wohlstand, Technologie und Arbeitsplätzen, «als Einiger der Welt» und so fort.

Die Opposition von seiten der UNO ist, wie gesagt, nicht nennenswert. Es käme eventuell «die Schaffung eines Informations-Zentrums in Betracht», heißt es in den offiziellen Kommentaren, «um das sich die Vereinten Nationen kümmern würden, und das auf dem Weg der technischen Zusammenarbeit, Informationen über die Tätigkeit der multinationalen Gebilde sammelt und Ratschläge erteilt».

Opposition von seiten der UNO, soweit sie im ersten Hearing in

Erscheinung trat, richtete sich nicht etwa gegen die Vertreter von Du Pont de Nemours, General Motors, IBM (International Business Machines), sondern gegen den amerikanischen Konsumenten-Anwalt Ralph Nader, der sich seit Jahren der Durchleuchtung der Multinationalen widmet. Er hatte am New Yorker-Hearing die US-Tarifkommission zitiert, wonach die multinationalen Gesellschaften **kurzfristig verfügbare und verschiebbare Gelder** in der Größenordnung von 268 Milliarden Dollar kontrollieren oder mehr als zweimal so viel, wie das Total aller staatlichen Reserven, die in den Zentralbanken oder bei internationalen Währungsinstituten der ganzen Welt liegen.»

Dem «Image» als Wohltäter der Menschheit gegenüber, in welchem sich die Multinationalen gefallen, stellt Ralph Nader die ganz andere Wirklichkeit: «Die Profite, welche aus den Entwicklungsländern gezogen wurden, übertrafen bei weitem das investierte Kapital, und zwar um 264 Prozent für die Vereinigten Staaten und 71 Prozent für Europa in den Jahren 1952 bis 1965.»

Angesichts dieser Sachlage darf man annehmen, daß die Multinationalen heute darüber entscheiden, wo Entwicklungskapitalien eingesetzt werden sollen und wo nicht (siehe Chile). «Der Konkurrenzkampf der Multinationalen», erklärt Nader, «erstrecke sich heute nicht mehr so sehr auf größere Leistung als auf größere Macht. Diese Macht entziehe sich weitgehend jeder demokratischen Kontrolle. Der Kardinalpunkt für die Beurteilung der multinationalen Unternehmen sollte jedoch der Wille der Bürger eines jeden Landes sein und nicht die Interessen einer dünnen Schicht von anonymen Leuten in den Direktionsetagen weitab im Westen oder in Tokyo, von Leuten, deren Macht weit größer sei als die Verantwortlichkeit gegenüber den Menschen, deren Schicksal sie so tief beeinflussen. Ralph Nader findet, «daß die Welt mit einem stark dezentralisierten Wirtschaftssystem viel besser dran wäre.»

Anders die Leute von der Wirtschaftsabteilung der UNO. Sie üben zwar eine milde Kritik an den Multis aus, und machen sie unter anderem für die Währungsunruhen mitverantwortlich. Sie stellen sich aber doch auf den Standpunkt, «daß die Auswüchse multinationaler Geschäftsführung — die nach der Darstellung der Wirtschaftsgiganten eher eine Verteidigungaktion und nicht eine bewußt aggressive Haltung widerspiegeln — durch vertragliche Abmachungen zwischen den multinationalen Unternehmen und den betroffenen nationalen Regierungen gemildert — oder ausgeschaltet werden können.»

Das UNO-Sekretariat erwog unter anderen Maßnahmen ein GATT für Investitionen, eine Lösung, an die es selbst nicht glaubt; es trägt kurzum eine schwächliche, nicht kämpferische Einstellung zur Schau, die die arrogante Haltung der Multinationalen verständlich macht. Diese

sind nämlich bereit, einem andern Vorschlag des UNO-Sekretariats, einer sogenannten «Investitions-Charta» zuzustimmen, einem freiwilligen Kodex guten Verhaltens also, für welche **Konzession sie einen stärkeren Schutz ihrer Investitionen fordern.** Was in diesem Verhaltenskodex, oder in einem Investitionskodex, stehen soll, ist jedoch noch nie diskutiert worden.

Man hätte annehmen sollen, daß die kommunistischen Parteien oder Gewerkschaften, die ja auch ihre Vertreter an diesen Hearings hatten, Protest gegen die Praktiken der Multis einlegen würden. Dazu ist zu bemerken, daß die kommunistischen Gewerkschaften, mindestens in der Sowjetunion, abgesehen von internen Betriebsfragen, überhaupt nicht konsultiert werden, daß weiter der russische Parteiapparat keinen Grund sieht, gegen die guten Geschäfte, die man mit den Wirtschaftsgiganten machen kann, zu protestieren. Erich Reyhl glaubt, «daß die Partei in UdSSR im Stillen doch hofft, die Wirtschaftsgiganten würden die Industriefeindlichkeit im Westen fördern und damit systemzersetzend wirken.»

Auch die Entwicklungsländer beschränken sich darauf, aus ihren Beziehungen zu den Multinationalen möglichst viele Vorteile herauszuholen, betreiben auf alle Fälle keine prinzipielle Opposition gegen sie. Außer Ralph Nader trat an der New Yorker Einvernahme niemand für die Entflechtung der Multinationalen ein. Man kann hingegen von einer Art außerparlamentarischer Opposition sprechen, indem der Generalsekretär des Dachverbandes der Internationalen Chemiegewerkschaften (die gibt es zum Glück schon. Red.), Charles Levinson, sich weigerte, an der von der UNO veranstalteten «Show» teilzunehmen. Die Autoren der UNO-Schrift stehen nach Meinung von Charles Levinson den Multinationalen sehr nahe, waren zum Teil sogar einmal Einkommensempfänger dieser Firmen gewesen. Die «Richter» (von denen Alt-Bundsrat Schaffner einer ist. Red.), meint Levinson, seien von der UNO so ausgewählt worden, daß sie die Multinationalen wenig hart anfassen. In einem Artikel in «Nouvel Observateur» stellt er fest, «die Eliten beiden Lager hätten nun die gleiche Ideologie — die der Harvard Business School, deren Jünger nun Kurse in Moskau abhalten. Nach dem gleichen System der Verwaltung, nach der gleichen Hierarchie und Arbeitsteilung und der gleichen militärischen Disziplin funktionieren nun die Fabriken von Detroit und Togliattigrad, von Chicago und Minsk».

«Die amerikanischen Manager helfen der sowjetischen Bürokratie bei der Einführung des profitorientierten Systems, bei gleichzeitiger Beibehaltung ihrer Macht, und umgekehrt unterstützt die sowjetische Bürokratie die Kapitalisten bei der Überwindung ihrer Schwierigkeiten auf dem Rücken der westlichen Arbeiterklasse.»

Man muß sich fragen, wann endlich die Gewerkschaften des Westens, die sich, im Unterschied zu denen in autoritären Gesellschaften noch wehren können, in globalem Zusammenschluß ihre Mitbestimmungsrechte, zur Wahrung gesamtwirtschaftlicher und gesellschaftlicher Interessen des arbeitenden Volkes, geltend machen werden. Red.

Ralph Nader über das schweizerische Genossenschaftswesen

Wir hatten schon früher Gelegenheit, auf den erfolgreiche nKampf für die Konsumenten hinzuweisen («Neue Wege», April 1972), den der amerikanische Jurist Ralph Nader seit einer Reihe von Jahren führt. Man könnte ihn als selbsternannten Ombudsman für Klagen gegen unlautere Geschäftspraktiken bezeichnen, weil er, wo immer von Fabrikanten irreführende Angaben über die Qualität ihrer Produkte gemacht werden, zur Stelle ist. Unterstützt von einem Stab unabhängiger junger Leute macht er die notwendigen Untersuchungen, sammelt die Beweise für das gesetzliche Vorgehen gegen Verfälschungen von Lebensmitteln, betrügerische Angaben über die Leistung oder auch die Sicherheit von Maschinen oder Haushalt-Apparaten usw. Es ist Ralph Nader gelungen, durch seine Vorstöße eine große Anzahl von gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz der Konsumenten durch den Kongreß zu bringen. Ralph Nader und seine Organisation wird denn auch gefürchtet und bekämpft. Prozesse gegen seine Tätigkeit sind an der Tagesordnung. Der Riesenkonzern der «General Motors» ließ ihn auch «beschatten», und hatte dies mit einer Genugtuungssumme von einer Viertelmillion Dollars zu bezahlen.

Nun war Ralph Nader kürzlich auch in der Schweiz, wo er bei der Fédération Romande des Consommatrices über seine Arbeit referierte. Er ließ sich bei dieser Gelegenheit auch über die Tätigkeit der schweizerischen Genossenschaften zum Wohl der Konsumenten gründlich informieren, insbesondere über die größte dieser Verteiler- und Produzenten-Organisationen — die Migros.

Am 27. Mai 1973 erschien hierauf in «Evening Star», einer Washingtoner Zeitung, ein Artikel Ralph Naders, unter dem Titel «Migros, a Swiss Example», was man nicht zu übersetzen braucht. Der Bericht enthält sozusagen alles, was bei uns über die Migros bekannt ist; er erwähnt ihre Geschichte, schildert ausführlich die anfänglichen Schwierigkeiten Gottlieb Duttweilers im Aufbau seiner Genossenschaft, die unterdessen mit über 900 000 Genossenschaftern und einem Jahresumsatz von 1,2 Milliarden Dollars zu ungewöhnlicher Bedeutung her-